

Kapitel 1

Die Verortung der Gemeinde

Juristische Person, Handlungsfähigkeit, Gebietskörperschaft und Gebietshoheit, die Gemeinde als Bestandteil der exekutiven Gewalt des Landes Hessen, Gesetzmäßigkeit des gemeindlichen Verwaltungshandelns, Grundlagen der Selbstverwaltung, verfassungsrechtliche Verankerung, Allzuständigkeit und Örtlichkeit,

Kapitel 2

Aufgabenfelder der kommunalen Gebietskörperschaft

Inhaltlich: kommunale Infrastruktur, örtliche Raumplanung, soziale Leistungen, ordnungsrechtliche Aufgaben
Strukturell: Freiwillige und pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben, Aufgaben zur Gewährleistung gemeinnütziger Leistungen, Weisungsaufgaben

Kapitel 3

Gemeindeverfassungsrecht

Die Binnenorganisation der kommunalen Gebietskörperschaft, die Wahrnehmungskompetenz für die Willensbildung, die Wahrnehmungskompetenz für das Außenverhältnis, die Mitwirkenden bei der Willensbildung: Gemeindevertreter und Fraktion, Individuum und Mannschaft, der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Mandatsrecht und Widerstreit der Interessen, Regelungsgegenstände und Rechtsnatur der Geschäftsordnung, Recht zur Bildung einer Fraktion, der Bürgermeister als interner Rechtskontrollleur, der Kommunalverfassungsstreit, Organzuständigkeit und Verbandszuständigkeit.

Kapitel 4

Formen der örtlichen Demokratie

Die repräsentativ-demokratische Verwaltung, die direkt demokratische Ergänzung, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid: seine inhaltlichen Voraussetzungen, die formalen und verfahrensrechtlichen Anforderungen, das kassatorische Bürgerbegehren, seine Ausweitung durch die Rechtsprechung, Rechtsschutz für die Initiatoren

Kapitel 5

Handlungsformen der kommunalen Gebietskörperschaft, die Handlungsform der Satzung

Die Rechtsformwahl der Gemeinde, Zweistufenlehre, Rechtsnatur und Gegenstände der Satzung, die Satzung zur Regelung von Benutzungsbedingungen pflichtiger Einrichtungen, Folgen von Satzungsängeln, die Beseitigung von Satzungsängeln mit Wirkung für die Vergangenheit, Fehlerfolgerecht und Fehlerkorrektur, die rückwirkende Inkraftsetzung der Satzung, Gesetzesvorrang und Gesetzesvorbehalt, Bestimmtheitsanforderung der gesetzlichen Ermächtigung bei der Eingriffssatzung, der Rechtsschutz gegen die Handlungsform der Satzung: die Normenkontrolle in Form der Inzidentkontrolle, die prinzipale Normenkontrolle

Kapitel 6

Die öffentliche Einrichtung

Die Abgrenzung der öffentlichen Einrichtung von anderen Einrichtungen der Infrastruktur, die Widmung und die Rechtsfolgen, die Möglichkeiten der Rechtsformwahl, der Zulassungsanspruch im Falle der zivilrechtlichen Organisation der öffentlichen Einrichtung, Konflikte im Benutzungsverhältnis im Falle zivilrechtlicher Benutzungsbedingungen (Verwaltungsprivatrecht),

Kapitel 7

Kommunalaufsicht und Fachaufsicht

Rechtsnatur des kommunalaufsichtlichen Eingriffs, seine Voraussetzungen, Rechtsschutz der kommunalen Gebietskörperschaft, die fachaufsichtliche Weisung, Rechtsnatur, Organisation von Kommunalaufsichts- und Fachaufsichtsbehörden, die Einheit der Aufsicht als Schutz der kommunalen Gebietskörperschaften

Kapitel 8

Grundzüge der Kommunalwahl

Die Strukturmerkmale des KWG, D'Hondt und Hare Niemeyer, die Scheinkandidatur des Bürgermeisters, die unzulässige Wahlbeeinflussung, ihre Verortung bei den Wahlgrundsätzen der freien und gleichen Wahl, die Wahlbeeinflussung in amtlicher Form, weitere Unregelmäßigkeiten, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl, der Rechtsschutz des Einspruchsführers